

Trump knallt Türen zu

USA Syrer, Somalier, Sudanesen, Iraner, Iraker, Jemeniten und Libyer: Sie dürfen nicht mehr nach Amerika einreisen

VON RENZO RUF, WASHINGTON

Am Sonntagmorgen hatte Beverly Harrison genug gesehen. Nach einer Nacht vor dem Fernsehgerät und dem Computer entschied sich die Frau aus dem Provinzkaff Woodstock in Virginia, zum Flughafen Dulles International Airport vor den Toren Washingtons zu fahren. Im Terminal des Flughafens baute sich die 49-Jährige in der Nähe der Türe auf, durch welche die Passagiere aus dem Ausland jeweils schreiten müssen, nachdem sie erfolgreich die Pass- und Zollkontrolle passiert haben. In den Händen hielt sie ein Plakat, auf dem sie sämtliche Ausländerinnen und Ausländer herzlich willkommen hiess. «Wir Amerikaner», sagte sie, «sind nicht die Monster, zu denen Donald Trump uns machen will.»

Trumps Terrorangst

36 Kilometer Luftlinie entfernt bemühte sich derweil das Weisse Haus, die unübersichtliche Lage unter Kontrolle zu bringen, die nach der Unterzeichnung einer präsidentiellen Anordnung («Exekutive Order») am Freitagnachmittag entstanden war. Der Beschluss von Präsident Trump trägt den Titel «Schutz der Nation vor der Einreise ausländischer Terroristen in die Vereinigten Staaten» und enthält eine Einreisesperre für sämtliche Bürgerinnen und Bürger aus den sieben Staaten Iran, Irak, Jemen, Libyen, Somalia, Sudan und Syrien, unabhängig ihrer Religion oder zusätzlicher Staatsbürgerschaften. Während vorerst 90 Tagen sollen Staatsangehörige dieser sieben Nationen – die mehrheitlich von Muslimen bewohnt werden – keine US-Visa mehr erhalten und nicht mehr nach Amerika einreisen dürfen. Diese Zeitspanne solle genutzt werden, um schärfere Sicherheitskontrollen zur Verhinderung terroristischer Anschläge in den USA einzuführen.



Matt Sernett und seine Tochter Wade demonstrieren am Flughafen in Seattle gegen Trumps Politik. GENNA MARTIN/KEYSTONE

Während 120 Tagen gilt die Einreisesperre auch für anerkannte Flüchtlinge – wobei für Vertriebene des syrischen Bürgerkriegs eine neue Aufnahmeverfahren gefunden werden sollte, die stärker auf die Religion der Flüchtlinge Rücksicht nimmt.

Die Anordnung Trumps war allerdings derart vage formuliert, dass umgehend Streit über die Interpretation ausbrach. So sind die sieben betroffenen Staaten in der Anordnung nicht direkt genannt – stattdessen verweist die «Order» auf einen Parlamentsbeschluss, der nach dem Terroranschlag in San Bernardino (Kalifornien)

109

Personen aus den betroffenen Ländern wurden am Samstag laut Regierungsangaben an US-Flughäfen festgenommen.

gefasst worden war. Selbst das Weisse Haus schien übers Wochenende nicht zu wissen, was genau der neue Präsident denn nun beschlossen hatte. So sagte ein enger Berater Donald Trumps noch am Samstag, selbstverständlich seien von dem Einreisebann auch die Besitzer einer «Green Card» betroffen. Am Sonntag wurde er dann durch Stabschef Reince Priebus korrigiert, der dem Fernsehsender NBC sagte, dass die Besitzer einer gültigen Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung (umgangssprachlich «Green Card» genannt) in die USA zurückkommen dürften.

Bundesrichter in New York, Boston, Alexandria (Virginia) und Seattle (Washington) beschlossen derweil, dass der Einreisebann vorerst nicht eins zu eins umgesetzt werden dürfe. Sie verfügten, dass Menschen, denen die Einreise in die USA verweigert worden sei, nicht umgehend in ihre Heimat zurückgeschaffen werden könnten. Diese Urteile hatte die Bürgerrechtsorganisation ACLU angestrebt, die ferner der Meinung ist, dass die präsidentielle Verordnung gegen die Verfassung verstosse. Den US-Behörden sei es verboten, so ACLU-Vertreter, bei der Festlegung von Einreisekontingenten einzelne Länder oder einzelne Religionen an den Pranger zu stellen. Renommiertere Anwälte behaupteten allerdings am Wochenende das Gegenteil.

Widerstand der Grenzpolizisten

Die Regierung Trump zeigte sich von dieser Gegenreaktion unbeeindruckt. Anwälte sagten gestern Sonntag, dass sich Grenzpolizisten weigerten, den Urteilen Folge zu leisten. «Wir haben derzeit keine Ahnung, wie viele Leute im Transitbereich stecken», sagte eine Anwältin am Flughafen Dulles – weil es niemandem erlaubt sei, die Sicherheitszone zu betreten. Das Sicherheitsministerium teilte einzig mit, dass am Vortag mehr als 325 000 Ausländerinnen und Ausländer an einem amerikanischen Flughafen angekommen seien. «Weniger als ein Prozent» dieser Menschen hätten die neuen Einreisevorschriften «Unannehmlichkeiten bereitet». Und auch der Präsident höchstpersönlich zeigte sich unbeeindruckt über die landesweiten Proteste gegen seinen Beschluss. «Unser Land braucht starke Grenzen und die extreme Überprüfung (von Einwanderern, Anm. d. Red.), JETZT», teilte er via Twitter mit.

Der Iran will Amerikaner aussperren

Naher Osten Der Iran und der Irak reagieren auf Trumps «muslim ban» – nach dem Motto: Wie du mir, so ich dir.

VON MARTIN GEHLEN, KAIRO

Im vergangenen Herbst haben noch alle gelacht über den Werbegag von Royal Jordanian Airlines. «Falls er gewinnt ... reisen Sie in die USA, solange sie noch dürfen», warb die Airline für ihre Transatlantik-Angebote. Jetzt lacht niemand mehr. Seit Freitagabend dürfen Personen aus dem Iran, dem Irak, Syrien, Jemen, Libyen, dem Sudan und Somalia für mindestens drei Monate nicht mehr in die USA einreisen.

Der Nahe Osten reagierte mit Bestürzung und scharfer Kritik. Viele Kommentatoren fürchten, dass das provokante Vorgehen des Weissen Hauses die antwestlichen Ressentiments in der Region verschärfen und die Propaganda der Extremistengruppen beflügeln wird. «Das ist ein grosses Geschenk an die Terroristen und ihre Unterstützer», twitterte irans Aussenminister Mohammad Javad Zarif. Die Reformer-nahe Zeitung «Shahrvand» titelte: «Trump's Mauer hat auch den Iran erreicht.» Hunderte iranische Austauschstudenten, welche die Semesterpause für Familienbesuche im Iran nutzen, könnten nicht mehr zurück an ihre Studienorte.

2015 entfiel fast die Hälfte aller 86 000 Einreiseerlaubnisse für die sieben betroffenen Länder auf den Iran. Ein Regie-

rungssprecher in Teheran kündigte an, man werde im Gegenzug keine US-Bürger mehr ins Land einreisen lassen. Das trifft auch Geschäftsleute, die nach dem Ende der Sanktionen neue Geschäftsbeziehungen anknüpfen wollten.

Lieber Christen als Muslime

Im Unterschied zum Iran stehen Saudi-Arabien, der Libanon, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate nicht auf der Trump-Liste, obwohl sämtliche Attentäter des 11. September aus diesen vier Staaten kamen. Saudi-Arabien liefert Öl und vergibt – wie die Emirate – seit Jahren milliardenschwere Rüstaufträge an US-Firmen. Ägyptens Staatschef Abdel Fattah al-Sisi hat ein gutes Verhältnis zu Trump. Und der Libanon hat einen Christenanteil von 40 Prozent.

Die US-Botschaft im Irak teilte mit, alle ausgestellten Visa für Iraker seien ungültig. Damit werden auch die Emigrationspläne von Familien durchkreuzt, die für die US-Armee arbeiteten und im Irak als Kollaborateure bedroht werden. Dieser Vertrauensbruch könnte künftig die Bereitschaft örtlicher Kräfte schmälern, den 5000 im Irak stationierten US-Soldaten zu helfen.

Syrische Flüchtlinge trifft es noch härter. Sie dürfen auf unbestimmte Zeit nicht mehr in die USA einreisen – ausser, sie sind Christen. Christliche Flüchtlinge wurden gegenüber muslimischen Fliehenden bereits vorher bevorzugt. Bisher wurden 37 500 syrische Christen aufgenommen und 39 000 Muslime, obwohl höchstens fünf Prozent aller Syrer Christen sind.

KLARTEXT VOM BUNDESRAT

Schweiz reagiert auf das Einreiseverbot

Trump's Einreisesperre gegen Muslime geht nach Ansicht von Bundesrat Didier Burkhalter «klar in die falsche Richtung». Insbesondere das Einreiseverbot für syrische Flüchtlinge stehe im Widerspruch zu den Genfer Konventionen, teilte Burkhalter mit. Man behalte sich alle Massnahmen vor, um die Rechte betroffener Schweizer Bürger zu wahren, insbesondere von Personen, die neben dem Schweizer auch das Bürgerrecht eines der betroffenen Staaten besässen. Frankreichs Präsident François Hollande forderte «klare Antworten» von Europa auf Trumps Politik. Und auch die britische Premierministerin Theresa May distanzierte sich klar von Trumps Haltung. (SDA/SAS)

INSERAT

HONDA JAZZ

GROSSER SPASS IM KLEINFORMAT

AB CHF 109.-/MONAT

HONDA
The Power of Dreams

#sicher
#zuverlässig
#perfektausgestattet

GARAGE MEYER SUHR AG
Tramstrasse 33-35, 5034 Aarau-Suhr
Tel.: 062 855 50 20
www.garagemeyer.ch

Prämie und Leasing gültig bis 31.03.2017. Jazz 1.3 i-VTEC Trend, 5 Türen, 102 PS, 1318 cm³, Katalogpreis CHF 16 900.-, - Prämie CHF 500.- ergibt CHF 16 400.-, 1. freiwillige Leasingrate von 30% des Katalogpreises, 10 000 km/Jahr 48 x Leasing CHF 109.-/Monat. Jährliche Gesamtkosten: CHF 254.- mit einem Zinssatz von 2.9% (Effektiver Zinssatz 2.97%, exkl. Versicherung). Energieverbrauch: 6.0 l/100 km, CO₂-Emission: 116 g/km (9. Neuwagen 134 g/km). CO₂-Emission aus der Freiluft/Stromproduktion 25 g/km. Energieeffizienz-Kat. E (Foto: Jazz 1.3i Elegance, 5 Türen, 102 PS, 1318 cm³, Katalogpreis CHF 20 500.-. Foto unverbindlich). Leasingverträge werden nicht gewährt, falls diese zur Überschuldung der Konsumentin oder des Konsumenten führen. Finanzierung durch die Cembra Money Bank.